# ORTSGEMEINDE DUDENHOFEN BEBAUUNGSPLAN "ERWEITERUNG AM HINTERWEGLEIN"



## **LEGENDE**

A. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 (1-7) BauGB) Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)



Allgemeines Wohngebiet

Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)

Grundflächenzahl, maximal, im Rahmen der überbaubaren Grundstücksfläche



nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig

Zahl der Vollgeschoße, maximal

## Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 (1) 2 BauGB)

offene Bauweise

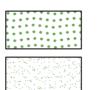
besondere Bauweise, vgl. textl. Festsetzungen geschlossene Bauweise

## Öffentliche Verkehrsfläche (§ 9 (1) 11 BauGB) öffentliche Verkehrsfläche besonderer



Zweckbestimmung mit Straßenbegrenzungslinie

Grünflächen (§ 9 (1) 15 BauGB)



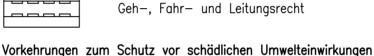
Verkehrsgrün

private Grünfläche



Baum anzupflanzen

## Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (§ 9 (1) 21 BauGB )



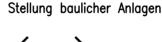
(§ 9 (1) 24 BauGB) Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen

## Umwelteinwirkungen

B. Sonstige Festsetzungen

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen und Festsetzungen

\*\* \* \* Abgrenzung unterschiedlicher Festsetzungen



Satteldach mit Dachneigung in °

## Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 (7) BauGB)

Bebauungsplangrenze

## C. Hinweise

Flurstücksgrenze vorhanden Flurstücksgrenze geplant

Flurstücksnummer Maßangabe in Meter

Gebäude entfallend

## **RECHTSGRUNDLAGEN**

Baugesetzbuch in der Fassung vom 27.08.1997

Baunutzungsverordnung in der Fassung vom 23.01.1990, zuletzt geändert durch Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und zur Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland vom 22. April 1993

Landesbauordnung Rheinland-Pfalz vom 12.11.1998 Planzeichenverordnung vom 18.12.1990

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

- A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 BauGB)
- 1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)

Im Allgemeinen Wohngebiet sind sonstige nicht störende Gewerbebetriebe und Tankstellen nicht

- 2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB)
- (1) Die maximal zulässige Traufhöhe ermittelt sich aus dem Abstand zwischen OK des Belages der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche und dem Schnittpunkt zwischen Gebäudeaußenwand und OK Dachhaut. Sie beträgt im WA 1 und WA 2 6,50 m im WA 3 und WA 4 4.50 m
- (2) Die maximal zulässige Firsthöhe ermittelt sich aus dem Abstand zwischen OK des Belages der angrenzenden öffentlichen Verkehrsfläche und dem höchsten Punkt der Dachhaut. Sie im WA 1 und WA 2 12,50 m im WA 3 und WA 4 9,00 m
- 3. Bauweise (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- (1) Im WA 1 ist als besondere Bauweise innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche an mindestens eine seitliche Grenze sowie an die Straßenbegrenzungslinie anzubauen.
- (2) Im WA 2 ist anstelle der geschlossenen Bauweise ausnahmsweise ein Zurückweichen von einer seitlichen Grenze um maximal ein Drittel der Grundstücksbreite, mindestens jedoch dem Grenzabstand nach LBauO, zulässig.
- 4. Flächen für Garagen und Nebenanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
- (1) Im WA 2 und WA 4 sind nach LBauO genehmigungspflichtige Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sowie Garagen und Stellplätze nur zwischen der Straßenbegrenzungslinie und der Hinterkante des Baufensters sowie in den seitlichen Abstandsflächen zulässig.
- (2) Im WA 3 sind Garagen in einem Streifen von 3 m nördlich der Straßenbegrenzungslinie unabhängig von der Einfahrtsrichtung unzulässig.
- 5. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen (§ 9 (1) 6 BauGB)
- Je Wohngebäude sind maximal zwei Wohneinheiten zulässig.
- 6. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht (§ 9 (1) 21 BauGB)
- Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht ist zugunsten der angrenzenden Baugrundstücke festgesetzt.
- 7. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 (1) 24 BauGB)

Entlang der in der Planzeichnung entsprechend gekennzeichneten Baugrenzen sind nur Fenster von dem Wohnen untergeordneten Räumlichkeiten zulässig.

- 8. Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen (§ 9 (1) 25 BauGB)
- (1) Im WA 3 und WA 4 sind die privaten Grundstücksflächen je angefangene 100 m2 der gemäß GRZ nicht überbaubaren Grundstücksflächen mit mindestens einem standortgerechten und heimischen Laubbaum bzw. einem Obstbaumhochstamm regionstypischer Sorten zu
- (2) Die im Plan festgesetzten anzupflanzenden Bäume sind als standortgerechte und heimische Bäume 1. Ordnung in der Qualität 3x verpflanzt mit einem Stammumfang von 14-16 cm
- (3) Fassadenabschnitte, die auf mehr als 5 m Länge fenster- oder türlos sind, sind mit je einer Kletterpflanze je 2 laufende Meter Fassade zu bearünen.
- (4) Die Pflanzungen sind mit Ersatzverpflichtung dauerhaft zu erhalten.
- 9. Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen zur Herstellung des Straßenkörpers (§ 9 (1) 26 BauGB)
- Ein 2,0 m breiter Geländestreifen beiderseits der öffentlichen Erschließungsstraße wird als Fläche für Aufschüttungen und Abgrabungen zur Herstellung des Straßenkörpers festgesetzt.
- B. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 9 (4) BauGB i.V.m. § 88 LBauO)
- 10. Dachform und Dachneigung
- (1) Für Nebengebäude sind Dachneigungen entsprechend der Hauptgebäude sowie zwischen 0° und 15° zulässig.
- (2) Die Länge von Dachgauben und Nebengiebeln darf 1/2 der zugehörigen Gebäudelänge nicht überschreiten. Werden mehrere Gauben auf einer Dachfläche angeordnet, sind sie als horizontale Bänder in einem einheitlichen Format auszuführen.
- (3) Dacheinschnitte sind auf öffentlichen Straßen zugewandten Dachflächen unzulässig. Auf straßenabgewandten Dachflächen darf die Länge der Dacheinschnitte ein Drittel der zugehörigen Gebäudelänge nicht überschreiten.
- 11. Äußere Gestaltung der Baukörper

Beim Anbau an bestehende Gebäude ist die äußere Gestaltung (Traufhöhe, Dachneigung, Dacheindeckung und Firstrichtung) der bereits bestehenden Gebäude zu berücksichtigen.

12. Einfriedungen

Einfriedungen dürfen eine Höhe von 1,50 m über Gelände nicht überschreiten.

- 13. Zahl notwendiger Stellplätze
- (1) Je Wohnung mit einer Wohnfläche bis 50 m2 ist mindestens ein Stellplatz anzulegen.
- (2) Für Wohnungen mit einer Wohnfläche von 50-70 m2 sind mindestens je 1,5 Stellplätze anzulegen. Die Summe der notwendigen Stellplätze für ein Gebäude ist auf die nächstfolgende ganze Zahl aufzurunden.
- (3) Für Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 70 m2 sind mindestens 2 Stellplätze

- C. NATURSCHUTZRECHTLICHE FESTSETZUNGEN (§ 8a BnatSchG)
- 14. Zuordnungsfestsetzung (§ 9 (1a) BauGB)

Den Baugrundstücken in WA 3 und WA 4 wird eine Fläche von 620 m2 des gemeindeeigenen Flurstücks 3335/191 als Ausgleichsfläche zugeordnet.

#### D. HINWEISE

#### 15. Regenwasserversickerung

Die im WA 3 und WA 4 auf den Dachflächen und privaten Erschließungsflächen anfallenden Niederschlagswässer sollen vorbehaltlich einer gegebenenfalls erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigung auf den Grundstücksflächen versickert bzw. als Brauchwasser genutzt werden.

## 16. Baugrund

Bei den Gründungen der Gebäude sind die Bestimmungen der DIN 1054 (Baugrund) zu beachten.

## 17. Immissionsschutz

Lärm- und Geruchsbelästigungen durch den angrenzenden Gewerbebetrieb können nicht

Westlich angrenzend an das Planungsgebiet wird eine private Pferdehaltung betrieben. Lärm- und Geruchsbelästigungen können nicht ausgeschlossen werden.

#### 18. Denkmalschutz

Bei den im Plangebiet durchzuführenden Tiefbauarbeiten sind die Bestimmungen des Denkmalschutz- und -pflegegesetzes zu beachten. Die Erdarbeiten sind vor Beginn dem Landesamt für Denkmalpflege in Speyer anzuzeigen.

## 19. Bepflanzung

Zur Bepflanzung können insbesondere folgende Arten verwandt werden:

Spitzahorn Acer platanoides Acer pseudoplatanus Fraxinus excelsior Eberesche Sorbus aucuparia Quercus robur Traubenkirsche Prunus padus Hainbuche Carpinus betulus Winterlinde Tilia cordata Hainbuche Carpinus betulus

Obstbaumhochstämme regionstypischer Sorten (u.a. Birne, Apfel, Pflaume, Kirsche, Walnuß)

Pflanzen zur Fassadenbegrünung: Lonicera caprifolium Lonicera periclymenum Parthenocissus tricuspidata

## VERFAHRENSVERMERKE

- 18.03.1999 1. Aufstellungsbeschluß gem. § 2 (1) BauGB 2. Ortsübliche Bekantmachung des Aufstellungs-27.07.2000 beschlusses gem. § 2 (1) BauGB Beteiligung der Bürger (vorgezogene Bürgerbe-08.09.2000
- Beteiligung der Träger öffentlicher Belange 10.11.2000 gem. § 4 BauGB von: 15.12.2000
- Beschluß über die öffentliche Auslegung des Planentwurfes gem. § 3 (2) BauGB 01.02.2001 Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung
- 15.02.2001 gem. § 3 (2) BauGB 7. Öffentliche Auslegung des Planentwurfes mit

26.02.2001

- Begründung gem. § 3 (2) BauGB von: 26.03.2001 Während der Auslegung gingen 3 Anregungen ein, über die in der Sitzung am 10.05.2001
- Beschluß gefaßt wurde. Die Benachrichtigung der Einsender erfolgte am
- Beschluß über den Bebauungsplan als 10.05.2001 Satzung gem. § 10 BauGB

Dudenhofen, den 08.06.2001

Bürgermeister

10. Der Bebauungsplan wird hiermit ausgefertigt und zur Veröffentlichung im Amtsblatt freigegeben.

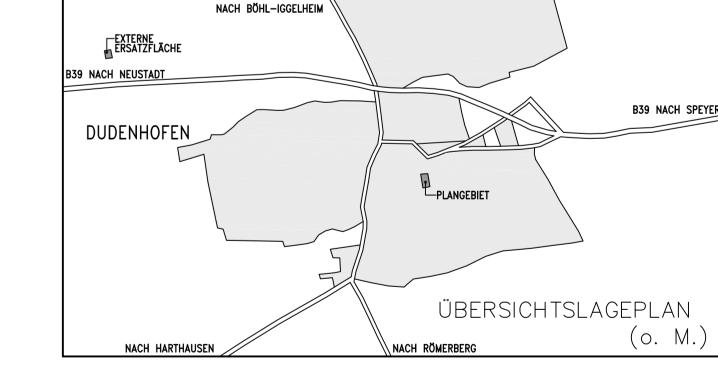
Dudenhofen, den 08.06.2001

Bürgermeister

11. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung gemäß § 10 BauGB am tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Dudenhofen, den

Bürgermeister





E 34 RHEINGÖNHEIM	BAUH. OG DUDENHOFEN
IN DER MÖRSCHGEWANN 67065 LUDWIGSHAFEN/F TEL 0621/545031-34 FAX 0621/545035	불 BEBAUUNGSPLAN "ERWEITERUNG "AM HINTERWEGLEIN"
	Z ≦ BEBAUUNGSPLAN

9902

<sup>뜟</sup> 109/55 🗦 MAI 01